

Die fabelhafte Welt der Deutschen Bundesbank

Von Friederike Spiecker | 18.04.2013

In ihrem [Monatsbericht Februar 2013](#) greift die Deutsche Bundesbank öffentlich geäußerte Forderungen auf, die deutschen Löhne für eine Belebung der Binnennachfrage und eine Reduktion der Außenhandelsungleichgewichte deutlich anzuheben. Sie stellt diesen Forderungen die Ergebnisse einer Simulationsstudie entgegen, die darauf hinauslaufen, "dass eine von außen auferlegte Anhebung des Lohnniveaus eine Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit darstellt, die primär zu einem Abbau von Beschäftigung führt. In der Konsequenz werden die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte nicht gestärkt, sondern geschwächt, der Leistungsbilanzüberschuss steigt noch an, und die Aufgabe der Notenbanken, Preisstabilität zu gewährleisten, wird erschwert." (S. 21 ebendort)

Die Position der deutschen Währungshüter in Sachen Lohnpolitik ist nicht neu. [Schon 2010](#) bediente sich die Bundesbank dieses Simulationsansatzes, um die positiven Wirkungen der deutschen Lohnmoderation auf die Binnenwirtschaft und ihre Unbedenklichkeit hinsichtlich der Leistungsbilanzungleichgewichte – "der (nominale) Leistungsbilanzsaldo sinkt (sic!) langfristig gegenüber der Basislinie etwas", S. 37 Monatsbericht Juli 2010 – nachzuweisen. Auch der Sachverständigenrat stützte seine gleich lautenden Ansichten im [Jahresgutachten 2010/2011](#) (Ziffer 195) auf dasselbe Modell.

Dass sich die Deutsche Bundesbank aber auch im Jahr 2013, d.h. im Jahr 12 deutscher Leistungsbilanzüberschüsse und im Jahr 10 deutscher Leistungsbilanzüberschüsse oberhalb von 4% des deutschen Bruttoinlandsprodukts, immer noch auf dieses Modell bezieht, ist doch bemerkenswert. Denn wer würde sich nicht erinnern, dass der frühere Vizepräsident der EZB Lucas Papademos schon vor dem Ausbruch der Finanzkrise, nämlich [im Jahr 2007](#), ebenso der frühere Präsident Jean-Claude Trichet z.B. [2010](#) und der heutige Präsident Mario Draghi [erst kürzlich wieder](#) die starke Lohnentwicklung in südeuropäischen Ländern für deren Leistungsbilanzdefizite verantwortlich gemacht haben, also vom Gegenteil dessen überzeugt sind, was die Deutsche Bundesbank behauptet? Nun muss man nicht jedes Modell auf jedes Land symmetrisch anwenden können (obwohl die Deutsche Bundesbank betont, dass "die wichtigen Volkswirtschaften über gleich strukturierte Module abgebildet [werden]", S. 35 im Monatsbericht Juli 2010), vor allem dann nicht, wenn die Länder unterschiedlich groß sind und daher unterschiedliches Gewicht für die gesamte Nachfrage einer großen Region haben.

Aber die südeuropäischen Staaten Italien, Spanien, Portugal und Griechenland zusammengenommen

sind kein kleines Land im Vergleich zu Deutschland. Sie machen immerhin gut 30% der Wirtschaftsleistung der EWU aus; zusammen mit Frankreich, dessen Löhne ja auch deutlich stärker gestiegen sind als die deutschen, sind es sogar über 50%. Deutschlands Anteil beträgt knapp 30%. Wenn nun Deutschland seine Nominallöhne um 2 Prozentpunkte mehr anhebt, als seine Produktivität steigt, dann soll das laut der besagten Studie die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse auf Dauer *steigern*. Wie kann das sein? Wieso ist dann diese Vorhersage des Modells im umgekehrten Fall in den letzten zehn Jahren in Südeuropa und Frankreich *nicht* eingetreten? Diese Länder müssten dann ja wenigstens ausgeglichene Leistungsbilanzen zustande gebracht haben, wenn schon nicht beträchtliche Überschüsse. Denn deren Nominallöhne sind tatsächlich stärker gestiegen als ihre Produktivität, in Frankreich ziemlich genau um 2%, in den anderen Ländern noch deutlich mehr.

Zugegeben: Modelle sind nur Modelle und können die Realität nie exakt abbilden und die Zukunft meist nur sehr dürftig vorhersagen. Aber wenn ihre "Parameter jeweils anhand der historischen Daten der Volkswirtschaften geschätzt worden sind" (S.35 Monatsbericht Juli 2010), dann sollten sie wenigstens mit der Erklärung der Vergangenheit nicht in fundamentalen Widerspruch geraten. Das ist hier aber ganz offensichtlich der Fall: Wer behauptet, Lohnmoderation führe zu Leistungsbilanzdefiziten und kräftige Lohnsteigerungen zu Leistungsbilanzüberschüssen, der hat ein Jahrzehnt Leistungsbilanzsalden in der Europäischen Währungsunion empirisch gegen sich. Und wer sagt, dass kräftige Lohnsteigerungen *unmittelbar* zu Entlassungen führen, wohingegen Lohnmoderation *unmittelbar* Beschäftigung nach sich zöge, der hat ein Jahrzehnt Arbeitsmarktdaten der EWU gegen sich. (Siehe dazu eine Anmerkung von Heiner Flassbeck am Ende dieses Beitrags.)

Und theoretisch? Was spricht theoretisch gegen diese Studie? Es folgen ein paar Erläuterungen für diejenigen unter unseren Lesern, die hinter den wissenschaftlichen Mantel dieser Simulationsrechnungen schauen wollen, weil sie sich nicht von Wörtern wie "exogener oder endogener Lohnschock", "Basislinie", "Schockvariable" etc. abschrecken lassen, nach dem inhaltlichen Kern des Modells zu fragen, das so sonderbare, wirklichkeitsfremde Ergebnisse liefert.

Wie diese Ergebnisse rein technisch zustande kommen, ist einfach zu erklären. Das Modell verwendet eine neoklassische Produktionsfunktion, die von einer substitutiven Beziehung zwischen Arbeit und Kapital ausgeht, also eine Art Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Produktionsfaktoren annimmt: Wie viel von dem einen und wie viel von dem anderen Produktionsfaktor eingesetzt wird, entscheidet in dieser Modellwelt das Lohn-Zins-Verhältnis. Klar, dass die Beschäftigung hier sofort sinkt, sobald die Nominallöhne angehoben werden, denn so ist das Modell nun mal gebaut. Zwar schreibt die Bundesbank "*In der langen Frist ... wird der Output über eine zugrunde liegende Produktionsfunktion bestimmt*" (S. 19 des Monatsberichts Februar 2013, Kursivdruck von mir), aber einige Zeilen später notiert sie "*Die Unternehmen in dem Modell reagieren auf diesen reinen Kostenschock (gemeint ist die Lohnanhebung; Anm.d.Verf.) unmittelbar mit einer Reduktion des Einsatzes des betroffenen Faktors.*" (S.19, Kursivdruck von mir) Der neoklassische Nexus wird also – anders als das der davor zitierte Satz von der "langen Frist" Glauben machen will – auch bereits in der kurzen Frist zu 100% in das Modell eingebaut.

Und nun kommt die eigentliche Raffinesse, die die Modellbauer der Bundesbank walten lassen: Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass das verwendete Modell "[i]n der kurzen bis mittleren

Frist ... keynesianische Eigenschaften auf[weist]. Speziell wird die gesamtwirtschaftliche Erzeugung von der Nachfrage determiniert, sodass der von den Befürwortern einer Lohnanhebung propagierte Wirkungsmechanismus durchaus enthalten ist." (S. 19) Das ist deshalb ein cleverer Schachzug der Modellbauer, weil der sofortige Nachfragerückgang, der durch die neoklassisch angenommenen sofortigen Entlassungen bzw. den mit ihnen unweigerlich verbundenen Einkommensverlusten der arbeitslos gewordenen Personen zustande kommt, auf der Stelle einen Produktionsrückgang nach sich zieht. Auf diese Weise unterstützt der angeblich keynesianische Teil des Modells die neoklassische Daumenschraube namens substitutive Produktionsfunktion, so dass der in den Annahmen unterstellte Wirkungsmechanismus – Lohnanhebung kostet Arbeitsplätze – voll zum Zuge kommt.

Der Rest ist sozusagen reine Mechanik: Hat man erst einmal in seinem Modell das Vorurteil fest installiert, dass eine allgemeine nominale Lohnsteigerung jenseits des Produktivitätszuwachses *sofort* zu Einkommensrückgängen führt und niemals etwa durch gesteigerte Nachfrage zu einer besseren Auslastung der Produktionskapazitäten und eben keinen Entlassungen, dann muss – egal ob man diesen postulierten Grundzusammenhang noch "keynesianisch" ausschmückt oder nicht – jede über den Produktivitätszuwachs hinausgehende Lohnanhebung kurz-, mittel- und langfristig für die Binnenwirtschaft negative Auswirkungen haben und nützt daher auch dem Ausland nichts. Da kommt es auf ein paar Preiselastizitäten der Export- und Importnachfrage auch nicht mehr an, die für die sonderbaren Reaktionen der Leistungsbilanz im Modell verantwortlich sind.

Aus dem Staunen über die fabelhafte Welt der Bundesbank kommt man aber gar nicht mehr heraus, je länger man diese "Studie" auf sich wirken lässt. Denn war nicht jahrelang davon die Rede, dass die positiven Wirkungen der Lohnzurückhaltung auf die Beschäftigung *nicht sofort* erwartet werden dürften, sondern erst nach und nach (der Sachverständigenrat nannte in seinem [Jahresgutachten 2003/2004](#) unter Ziffer 652 als "ungefähre Orientierungshilfe" fünf Jahre)? Als Grund gilt meist, dass die Unternehmen erst einmal Vertrauen in die Dauerhaftigkeit der Enthaltensamkeit der Gewerkschaften fassen müssten, bevor sie diese mit neuen Arbeitsplätzen zu belohnen bereit seien. Die viel naheliegendere Erklärung der tatsächlich großen Verzögerung zwischen Beginn der Lohnzurückhaltung (1999) und Rückgang der Arbeitslosigkeit (2005), nämlich dass der unmittelbare Nachfrageschock einer Lohnzurückhaltung erst nach und nach von der zunehmenden Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Ländern ohne Lohndumping gemildert wird, wollte und will man ja bis heute nicht wahrhaben. Denn wie schreibt die Bundesbank? "Dabei ist zu betonen, dass sich die Wirkung einer solchen Lohnzurückhaltung primär auf die Binnenwirtschaft richtet, speziell auf den Arbeitsmarkt, und nicht auf die Außenwirtschaft." (S. 21 Monatsbericht Februar 2013)

Nun ja, wenn denn Lohnzurückhaltung vor allem positive binnenwirtschaftliche Effekte haben soll, diese aber nachgewiesenermaßen erst – warum auch immer – *langfristig* eintreten, warum glaubt man das dann bei Lohnsteigerungen so völlig anders in ein Modell hineinschreiben zu müssen? Lohnsteigerungen werden *sofortige* negative Wirkungen unterstellt. Dumm nur, dass ganz Südeuropa mit seinen kräftigen Lohnsteigerungen zwischen 1999 und 2007 sofort prächtig gewachsen ist. Und dass diese Entwicklung der deutschen Leistungsbilanz sehr schnell enormen Auftrieb verliehen hat, während der deutsche Arbeitsmarkt bei Lohnmoderation wie gesagt jahrelang nicht aus den Neg-

ativschlagzeilen herauskam.

Der zweite Versuch der Bundesbank, den Forderungen nach deutlichen Lohnerhöhungen in Deutschland mit einer leicht abgeänderten Modellrechnung den Wind aus den Segeln zu nehmen, besteht in der Simulation einer Zinspolitik, die auf die höhere deutsche Preissteigerungsrate reagiert, die sich aus der Lohnanhebung ergäbe. Es lohnt kaum, ihn zu kommentieren. Denn um die negativen Wirkungen einer deutlichen deutschen Lohnsteigerung zu unterstreichen, wird zum einen unterstellt, dass eine Zinserhöhung als Reaktion auf die steigende deutsche Inflationsrate nicht nur eine inflationsbedingte Abwertungstendenz des Euro ausgleicht, sondern überkompensiert – der Euro wertet im Modell auf –, und zum anderen ruft das Zinsanhebungen durch die übrigen Notenbanken der Welt hervor, weil die eine Abwertung ihrer jeweiligen Währungen gegenüber dem Euro nicht zulassen würden. Der Leser fragt sich, ob die Modellbauer der Deutschen Bundesbank von der Debatte um *Abwertungswettläufe* gehört haben.

Aber es ist wohl müßig, die Annahmen in der fabelhaften Modellwelt der Deutschen Bundesbank mit der Realität zu konfrontieren. Es gibt einfach keine Berührungspunkte. Doch halt, das stimmt nicht ganz. Denn man darf nicht vergessen, dass die Verlautbarungen aus dem Elfenbeinturm der Neoklassik ihren Weg in die wirkliche Welt finden und dort ihre Wirkungen entfalten. So z.B. geschehen in der [Antwort der Bundesregierung](#) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Thema "Lohnpolitische Koordinierung und Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten", die ich bereits [kommentiert](#) habe. Dort nämlich wird bei der Frage, inwieweit die schwache deutsche Lohnentwicklung mitverantwortlich ist für die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der EWU, zunächst auf eine Analyse der EU-Kommission verwiesen, die den Zusammenhang als gering einstuft, und dann auf den Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Bezug genommen, um mögliche Forderungen nach einer Änderung der deutschen Lohnpolitik im Keim zu ersticken: "Aktuelle Modellrechnungen der Deutschen Bundesbank kommen sogar für Deutschland zum Ergebnis, dass eine Erhöhung des Lohnniveaus zu einer leichten Ausweitung des Leistungsbilanzüberschusses führt." (S. 6). Den Hinweis, dass die Bundesbank selbst dazu rät, die Ergebnisse ihrer Modellrechnungen "mit der gebotenen Vorsicht" zu behandeln, "nicht zuletzt weil andere Modelle auch andere Resultate generieren können" (S. 21), zitiert die Bundesregierung nicht.

Nicht, dass eine Kleine Anfrage und die Antwort darauf eine große öffentliche Wirkung erzielen muss. Aber hier zeigt sich – übrigens genau wie bei der bereits von uns [hier](#) und [hier](#) kommentierten [Vermögensstudie der Deutschen Bundesbank](#) und [der EZB](#) –, wie man ideologische Vorurteile verbreitet, indem man sie wissenschaftlich bemäntelt und dadurch für Laien scheinbar unangreifbar macht. Aber auch viele Fachleute, die es besser wissen könnten, wehren sich kaum. Denn wo bleibt die breite Unterstützung für Peter Bofingers Minderheitsvotum im Sachverständigenratsgutachten 2010/2011 (Ziffer 218 ff) gegen genau dieses Modell durch all jene Wirtschaftswissenschaftler, die sich selbst als Keynesianer bezeichnen? Schließlich behauptet die Bundesbank wie gesagt, das der Studie zugrunde liegende Modell weise "keynesianische Eigenschaften" auf, so dass der "von den Befürwortern einer Lohnanhebung propagierte Wirkungsmechanismus durchaus enthalten" sei. Ich bin die letzte, die Wert auf die Etikettierung eines Modells oder seiner Einzelteile legt, weil geistige Schubladen leider oft mehr dazu dienen, das eigene Denken einzustellen, als es sinnvoll zu ordnen. Aber vielleicht möchten ja von den Studenten unter unseren Lesern einige ihre Professoren auf dieses Modell und

seine Aussagekraft ansprechen?

Heiner Flassbeck hat sich die Mühe gemacht, die Ergebnisse aufzuschreiben, die das besagte Modell für den umgekehrten Fall, nämlich den der deutschen Lohn*moderation*, liefern würde und die daher die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im letzten Jahrzehnt zumindest bis zur Finanzkrise 2008 im Großen und Ganzen beschreiben müssten. Dafür hat er den im Monatsbericht Februar 2013 der Deutschen Bundesbank abgedruckten Text sozusagen spiegelbildlich formuliert:

„Auf die Lohnmoderation haben die deutschen Unternehmen sofort mit einer Ausweitung der Beschäftigung reagiert, und sie haben die Investitionen hochgefahren. Es gab eine Nachfrageausweitung von Seiten der privaten Haushalte, weil die Beschäftigungszunahme den Lohnrückgang mehr als ausglich. Das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist längerfristig gestiegen. Binnen-nachfrage und BIP sind von Anfang an gestiegen. Zu einer Zunahme des deutschen Leistungsbilanzüberschusses ist es nicht gekommen, weil der merkliche Rückgang der Exportpreise die begrenzte mengenmäßige Zunahme des deutschen Exports insgesamt mehr als wett gemacht hat, so dass sich der Leistungsbilanzsaldo sogar weiter verschlechtert hat (die Bundesbank meint mit „verbessert“, dass sich der Überschuss erhöht – so ganz konnte sie ihre merkantilistische Gedankenwelt doch nicht verstecken). Schließlich müssen die geldpolitischen Zügel gelockert werden und die Zinsen sinken, was den binnenwirtschaftlich positiven Effekt noch vergrößert. Alles in allem ist festzustellen, dass eine Lohnsenkung eine Verbilligung des Faktors Arbeit darstellt, die zu einer Zunahme der Beschäftigung führt und die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte stärkt, die Leistungsbilanz aber tendenziell ins Defizit führt.“

Einfach fabelhaft, aber leider nicht real.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 18.04.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/04/die-fabelhafte-welt-der-deutschen-bundesbank/>